

Sächsische Volkszeitung

**Anabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit**

mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
und Sonntagsbeilage Feierabend

Wegpreis:
Abgabe A mit 2 Beilagen vierteljährlich 2,10 M. In
Sachsen und ganz Preußen frei Haus 2,50 M.; in
in Ostpreußen 3,40 M.
Abgabe B nur mit Feierabend vierteljährlich 1,50 M. In
Sachsen und ganz Preußen frei Haus 2,00 M.; in
in Ostpreußen 2,90 M. — Einzelnummer 10 P.
Abgabe C nur mit Feierabend vierteljährlich 1,50 M. In
Sachsen und ganz Preußen frei Haus 2,00 M.; in
in Ostpreußen 2,90 M. — Einzelnummer 10 P.
Abgabe D nur mit Feierabend vierteljährlich 1,50 M. In
Sachsen und ganz Preußen frei Haus 2,00 M.; in
in Ostpreußen 2,90 M. — Einzelnummer 10 P.

Wegpreis:
Abgabe von Beilagen bis 10 Uhr, von Familien-
angelegenheiten bis 11 Uhr.
Preis für die Beilagen 20 P., in Sachsen 30 P.
für unentgeltlich geschickte, sowie durch Fernschreiben auf-
gegebene Anfragen können nur die Abonnementspreise für die
Wichtigkeit des Textes nicht überschreiten.
Reaktions-Druckerei: 10 bis 11 Uhr vormittags.
Für Abgabe einzelner Beilagen macht sich die Redaktion
nicht verantwortlich; Rücksendung erfolgt, wenn Abgabe be-
zogen ist. Briefliche Anfragen im Verantwortungsbezirk.

Nr. 111

Geschäftsstelle und Redaktion
Dresden-N. 16, Holbeinstraße 46

Freitag, den 16. Mai 1913

Fernsprecher 1866

12. Jahrg

Wochenrundschau

In der inneren Politik feiert man zurzeit noch Pfingstferien. Abgesehen von den Vorbereitungen zu den preussischen Landtagswahlen, die sich je nach dem Temperament der Wähler und nach der Konstellation der Parteihältnisse mehr oder minder leidenschaftlich abspielen, herrscht Ruhe im deutschen Vaterlande. Und zwar jene Ruhe, die alljährlich wiederkehrt in der schönen Zeit nach Pfingsten, wo in der Natur draußen alles grünt und blüht und wo die Sonne ihre Strahlen mit einer derartig befruchtenden Wohlthatigkeit herabträufeln läßt, daß man dieser Zeitepoche den poetischen Namen „die Zeit der sauren Gurke“ gegeben hat. Es ist auch die Zeit der Kombinationen. Durch die Presse schleicht sich die Nachricht von Verfassungsverhandlungen zwischen Regierung und Parlament über die Deckungsfrage. Es wird eine Lösung der Deckungsvorlage kombiniert, die davon ausgeht, daß der einmalige Wehrbeitrag erheblich mehr erbringen werde, als veranschlagt und daß dieser Mehrertrag zur Herabsetzung der auf die Bundesstaaten umzuliegenden 80 Millionen Besitzsteuer verwendet werden soll. Der Wunsch, die Besitzsteuer der Bundesstaaten niedriger als auf 80 Millionen festzusetzen, kann wohl nur durch reichseigene Steuern realisiert werden, wie etwa durch weiteren Ausbau der Wertpapier- und Börsenumsatzsteuer noch über den Regierungsvorschlag hinaus. Von Seiten der Regierung und der Parteien hofft man bestimmt, daß bis zum Juni die Vorlage unter Dach und Fach gebracht werde. Dieser zweifellose Optimismus scheint seinen Grund in geheimen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Parteien zu haben. Was sich in der Öffentlichkeit zeigt, das gibt zu diesem Optimismus kein Recht. Wenn auch der Wehrbeitrag die Annahme im Reichstage gewiß ist, so liegt doch das Schicksal der Deckungsvorlage noch völlig im Dunkeln. Ueber den einmaligen Wehrbeitrag wird man zwar voraussichtlich ohne allzu große Schwierigkeit zu einer Einigung gelangen können. Niemand kann aber heute sagen, wie die weit auseinanderstrebenden Meinungen über die Aufbringung der großen fortläufigen Ausgaben zusammengeführt werden sollen. Die bürgerlichen Parteien sind bereit, zu bewilligen; aber jede einzelne will von ihrem besonderen Parteiverlangen nicht ablassen. Von einem brauchbaren Kompromiß ist noch nirgends die Rede. Schon spielt der Gedanke einer inneren Krise, allerdings leise noch, zaghaft mahnend. Es ist ja jetzt ein offenes Geheimnis, daß an sehr hoher Stelle wegen der Ersparnisse am Militäretat der Gedanke einer Reichstagsauflösung ventiliert worden ist. Wenn es auch noch an sicheren Anzeichen und an direkten Gründen hierzu fehlt, so kann es doch bei den 140 grundsätzlichen Verneinern der Wehrvorlage im Reichstage, den Sozialdemokraten, Polen und Estländern, ganz leicht unversehens zu einer Katastrophe kommen.

Der oberschlesische Bergarbeiterstreik hat wider Erwarten ein schnelles Ende genommen. In einer Versammlung der Vertrauensleute der Bergarbeiterorganisationen, die am Freitag in Kattowitz stattfand und teilweise stürmisch verlief, wurde beschlossen, den Streik wegen seiner Aussichtslosigkeit für beendet zu erklären und den Ausständigen die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen.

Das Reichsgericht hat nun endlich auch den Fall Borchardt-Weinert rechtsgültig entschieden, allerdings nicht in der Art, wie die Herren Genossen es sich ausgemalt haben mögen. Der höchste Gerichtshof hat durch Verwerfung der Revision tatsächlich bestätigt, daß die beiden Beklagten, als sie jene Polizeigemeinde im Abgeordnetenhaus provozieren, sich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Die Begründung des Urteils wird bei einem gesunden Menschenverstand seiner Widersprüche begegnen, wenn natürlich auch die rote Presse durchaus nicht um schmeichelhafte Randglossen zu diesem Urteil verlegen ist. Aber da die Sozialdemokraten ja immer behaupteten, es käme ihnen nur auf eine grundsätzliche Entscheidung in dieser Angelegenheit an, so werden sie gewiß gerne die geringe Geldstrafe als Opfer der Wissenschaft bringen, als Opfer ihrer Logik, die von der bösen „Klassenjustiz“ als unlogisch qualifiziert werden mußte.

Ein Gauß des Pfingstfestes geht durch die Welt. Pfingsten war diesmal auch politisch das Fest der Erfüllung. Es bringt Europa den Frieden. Die Balkankrise ist überwunden. Als Oesterreich-Ungarn Ernst machte und auf der Londoner Vorkonferenz erklärte, daß es die Montenegriner aus Skutari hinauswerfen werde, wenn sie nicht freiwillig sofort die Stadt räumen würden, gab der Titane Nikita endlich nach und legte das Schicksal Skutaris in die Hände der Mächte. Die montenegrinischen Truppen sind nun abgezogen und haben sich auf zehn Kilometer von Skutari entfernt. Die Schiffe der internationalen Blockadeflotte sind bereits vor der Wozana-Mündung versammelt, um die Uebergabe der Stadt Skutari durch die Behörden entgegenzunehmen. Das entschlossene Auftreten Oesterreich-Ungarns, an dessen Seite ebenso entschlossen jeher etwa notwendig werdenden Unterstützung dieser gerechten Sache seine Bundesgenossen standen, hat diesen Erfolg möglich gemacht. König Nikolaus gab das Spiel erst dann auf, als er sah, daß Oesterreich-Ungarn nicht nur an den Degen griff, sondern ihn auch ziehen werde. Und merkwürdig: wie 1909, zurzeit der Annexionskrise, Serbien gegenüber, half auch 1913 in der Skutarifrage nur die Argumentation, die sich auf Kanonen und Bajonette stützte.

Auch die albanische Frage ist in ein ruhigeres Fahrwasser eingetreten. Nachdem die von Montenegro aus in die Welt gesehten Nachrichten über Essad Paschas Verrat und sein Prätendententum auf den Thron Albanien und

Meldungen über Dschavid Paschas Pläne, sich in Balona festzusetzen, sich als vollständig unzutreffend erwiesen hatten und als mehr oder weniger geschickte Börsenmanöver des homerischen Heldenkönigs, der ungeachtet seines Klaffismus auch eine ziemlich profaische Verfeinertheit in Geldgeschäften zu besitzen scheint, sich dem staunenden Europa präsentiert, erübrigt sich ein militärisches Eingreifen Oesterreich-Ungarns und Italiens von selbst. Beide Staaten haben nun einen Verfassungsentwurf für das autonome Albanien ausgearbeitet und ihn der Londoner Vorkonferenz vorgelegt. Die Konferenz beschloß, den Entwurf ihren Kabinetten zu genauer Prüfung zu unterbreiten. Es ist zu erwarten, daß sich in dieser wie in den übrigen noch zu lösenden Fragen die Einigkeit der Mächte weiter bewähren wird.

Die Friedensdelegierten der Türkei und des Balkanbundes weisen zurzeit wieder in London, wo der Friedensvertrag in diesen Tagen vielleicht noch unterzeichnet wird. Man braucht dem Umstande keine große Bedeutung beizulegen, daß der Vertrag als Präliminarfriede bezeichnet wird, denn es ist klar, daß dieses Instrument, das von den Mächten wohl überlegt aufgesetzt ist, schließlich den endgültigen Vertrag und damit den Frieden bringen wird.

In Frankreich sowohl als in Spanien spricht man seit dem Besuche König Alfons mit großer Bestimmtheit von dem Beitritt Spaniens zur Tripleenteente. Zweifellos haben Frankreich und Spanien sehr nahe Berührungspunkte, namentlich in Nordafrika, die eine Verständigung in vielen Fragen nötig erscheinen lassen. Es läßt sich aber aus dem Verlauf der Pariser Visite nicht feststellen, daß aus einem Zusammengehen in wirtschaftlichen und auch einigen politischen Fragen durch ein Ententeverhältnis Spanien in Beziehung auf seine Aktionsfreiheit einen besonders günstigen Griff getan hat.

Das englische Unterhaus hat die Frauenstimmrechtsvorlage mit 266 gegen 219 Stimmen abgelehnt. Dieser Ausgang ist wohl für niemand überraschend, da, ganz abgesehen von prinzipieller Stellungnahme, das Schreckensregiment der streikbaren Stimmrechtlerinnen eine solche Antwort geradezu herausgefordert hatte. Es war deutlich zu bemerken, daß die Freunde des Frauenstimmrechtes in der Vertretung der Angelegenheit bedeutend abgestarkt waren. Es kann ihnen allerdings niemand verdenken, wenn sie die Lust dazu verloren hatten, denn die Wahlweiber haben die Erwartungen ihrer Freunde auf eine unwürdige Weise enttäuscht.

Zu Bern fand am Pfingstsonntag die sogenannte deutsch-französische Verständigungskonferenz statt, die durchaus den Charakter eines sozialdemokratischen Parteitagess hatte. Es waren fast ausschließlich Genossen radikalster Richtung aus Deutschland und Frankreich zusammengekommen. Viel wurde nicht gesprochen. Man wollte sich der Gefahr nicht aussetzen, daß die Genossen auf einer Friedens-

Das alte katholische Plauen und sein Sprengel bis zur Protestantisierung

Von H. Düring, Plauen
(Fortsetzung.)

Der Plauener Kirchensprengel hatte einige Änderungen erfahren. Delsnitz wurde ausgepfarrt. Ein plebanus, d. h. Pfarrherr, von Delsnitz wird bereits 1225 erwähnt. Daher erklärt es sich auch, daß Delsnitz dem deutschen Hause in Plauen nicht mitgegeben wurde. Später ist es die „Mutter“ mehrerer Döbenauorte geworden, z. B. Marienen, Arnoldsgrün und Wöfenbrunn. Adorf mit seiner „Mutter“ Kirch gehörte ursprünglich zum Bistum Regensburg. 1281 verpfändete König Rudolf von Habsburg die Märkte Kisch und Selb (sie waren Reichslehen) mit allen ihren Rechten für 600 Mark Silber an den Vogt von Plauen. Dieser verließ 1289 dem deutschen Orden feierlich das Patronatsrecht über Kisch und Adorf. Der Bischof Konrad von Regensburg räumte am 15. September 1310 den Brüdern des deutschen Hauses zu Plauen die Erlaubnis ein, die Verwaltung der Kirche zu Kisch und ihrer Zillalen, es waren also seit 1289 mehrere geworden, durch Priester ihres Ordens oder auch Weltgeistliche nach ihrem Gutdünken besorgen zu lassen. So kam Adorf zum Plauener Kirchensprengel. Jedoch ist Adorf wieder ausgepfarrt und zu einer selbständigen Pfarrei und Komturei erhoben worden. In einer Uebereignungsurkunde von Gütern an das deutsche Haus zu Adorf am 15. März 1328 tritt unter den Zeugen an vorderster Stelle der Mann auf, der das Pfarramt zuerst an der dortigen St. Michaelskirche bekleidete. Es ist „der erbere geistlich man, bruder Hans von Sibleiben, pharrer zu adorf“. Bereits im gleichen Jahre bezeichnen ihn zwei Urkunden als Komturer zu Adorf, während er 1323 noch als Kaplan des Plauener Pfarrers antritt. Vor „Hanse von Sibleiben“ aber wird kein

Adorfer Pfarrer namhaft gemacht, so daß wir die Auspfarrung Adorfs aus dem Plauener Kirchensprengel nach 1323 und vor 1328 zu verlegen haben. Im Osten bildeten sich die neuen Kirchspiele von Schöneck, von Treuen, das schon 1214 eine Kirche hatte, mit Lengensfeld, und von Auerbach mit Rodewisch, Schöneheide, Rautenkranz, Rothenfirch und Stühengrün. Auch im Norden trat eine Aenderung ein. Dort hatte sich noch außerhalb des Döbenauersprengels eine Pfarrie gebildet, nämlich die von Elsterberg, vermutlich Anfang des 13. Jahrhunderts durch Vermittlung der Herren von Lobdaburg auf Elsterberg. Sie hatte sich hineingeschoben zwischen Plauen und Reichensbach und jedenfalls ein Stück des Plauener Sprengels in Besitz genommen. Von hier aus wurden dann die Kitzschen Syrau, Nuppertsgrün, Limbach, Steinsdorf und Fröbersgrün gebildet. Ferner bildete sich Neumark zum selbständigen Kirchensprengel aus. Somit war der alte Döbenauersprengel zwar kleiner geworden in der räumlichen Ausdehnung, größer aber in der Zahl der Pfarrien. Nach Aufzeichnungen aus dem Jahre 1448 lagen im Plauener Sprengel 10 Kirchenslehen, 1503 werden noch drei weitere genannt. Bei der ersten evangelischen Kirchenvisitation 1529 werden noch elf Pfarren genannt, die nach Plauen gehörten.

Von großer Bedeutung für Plauen sowohl als auch für das weitere Vogtland wurden die Klöster. Es ist erstaunlich, welche Ausdehnung das Klosterwesen in dem Lande der Vögte von Plauen, Gera und Weida genommen hatte. Außer den Deutschherren saßen hier festen Fuß die Augustiner im Augustinerkloster zu Mildensfurth bei Weida (1193). Ein Nonnenkloster der Dominikanerinnen stiftete zu Kronschwitz Jutta, die Ehefrau des Vogtes von Gera. In Weida selbst wurden zwei Klöster gegründet: das Peterskloster der Franziskaner und ein Nonnenkloster der Dominikanerinnen. Ein Franziskaner-Nonnenkloster entstand zu Triptis, das aber bald nach Zwickau verlegt wurde.

In Hof (der Regnitzkreis gehörte auch zum alten Vogtlande) errichteten die Franziskaner zwei Klöster, das eine für Mönche, das andere für Nonnen, und zwar das letztere als Sankt Klarenkloster für Klarissinnen, benannt nach der heiligen Klara von Assisi, die eine Schülerin des heiligen Franz von Assisi war und dessen Regel für Frauen modifizierte, d. h. die sog. II. Regel des heiligen Franziskus. Ein Dominikaner-Nonnenkloster bestand in Saalburg. In Plauen wurde ein Dominikanerkloster gegründet. 1266 kamen Dominikanermönche aus Leipzig nach Plauen. Ein wohlhabender Bürger aus dem Geschlechte der Kanis widmete ihnen zur Gründung eines Klosters umfangreichen Grund und Boden. Durch freiwillige Gaben frommer Leute wurde mit dem Bau 1273 begonnen und 1285 am Tage Cosmas und Damianns vollendet. Eine Klosterkirche ist erst nach 1300 gebaut worden, denn der Prior des Klosters verlor 1309 seine in Tzieraarten gelegenen Güter für 7½ Mark Geldes, weil er das Geld zum Bane seiner Kirche brauchte. Unter einer Mark Geldes ist ein Pfund Silber zu verstehen. Um 1300 wurden aus 1 Mark 60 Döbennige oder Groschen geprägt. Ein Groschen hatte bis 1840 zwölf Pfennige, dann zehn. 60 Groschen waren „1 Schod“, 21 hießen ein Gulden. Seit 1409 wurden 72 Groschen aus einer Mark geprägt, später 9—14 Taler, seit 1857 aber 15 Taler oder 45 Mark. Also hätte eine alte Mark Geldes etwa 45 Mark nach heutigem Werte gegolten.

Der Dominikanerorden hätte Entlassung allen Güterbesitzes gelobt. Darum ist der Besitz des Klosters zu Plauen nicht groß gewesen. Erst 1425 wurde dem Orden die Annahme von Schenkungen gestattet. Die Dominikaner lebten vom Bettel. Sie besaßen in Zwickau, Mühlstrotz und Delsnitz Terrainen, das waren Häuser, in denen sie Unterkommen fanden und die Almosen niederlegten. Als in Zwickau, bereits 1521, die Reformation Eingang